

# Die neue Europäische Union nach dem Vertrag von Lissabon

Ein Überblick über die Reformen  
unter Berücksichtigung ihrer Implikationen  
für das deutsche Recht

von  
Christian Calliess

unter Mitarbeit von Kathrin Dingemann  
sowie Sophie Mendez Escobar und  
Elena Schulte-Herbrüggen

Mohr Siebeck

# Inhaltsgliederung

Vorwort .....	V
Inhaltsverzeichnis .....	IX
Teil 1: Einführung .....	1
Teil 2: Grundlagen .....	15
A. Wo "wir herkommen: Von der EGKS zum Vertrag von Lissabon . . .	15
B. Wo wir sind: Überlegungen zum Status der EU .....	43
C. Strukturelle Änderungen durch den Vertrag von Lissabon. . . . .	80
Teil 3: Handlungsfähigkeit in der neuen EU .....	117
A. Handlungsfähigkeit durch verbesserte Entscheidungs- fähigkeit nach dem Vertrag von Lissabon .....	117
B. Handlungsfähigkeit durch Kooperationsfähigkeit .....	154
C. Handlungsfähigkeit durch Verstärkte Zusammenarbeit .....	155
Teil 4: Demokratische Legitimation und Kompetenz- ausübung in der neuen EU .....	163
A. Zum Inhalt des Demokratieprinzips im europäischen Staaten- und Verfassungsverbund .....	164
B. Die Vermittlung demokratischer Legitimation durch das Europäische Parlament .....	170
C. Die Vermittlung demokratischer Legitimation durch die neue Rolle der nationalen Parlamente als Hüter der Subsidiarität . . . .	182

D. Spiegel des VvL im Staaten- und Verfassungsverbund - Zur parlamentarischen Integrationsverantwortung unter Berücksichtigung des Lissabon-Urteils des BVerfG .. . . .	219
Teil 5: Rechtsstaatlichkeit in der neuen EU. . . . .	288
A. Grundlagen der Rechtsstaatlichkeit in der EU. . . . .	288
B. Grundrechtsschutz in der EU nach dem Vertrag von Lissabon ..	308
C. Doppelmgen im Bereich der europäischen Bürgerrechte? Versuch einer Systematisierung . . . . .	359
Teil 6: Strategische Handlungsfelder der neuen EU. . . . .	386
A. Die Außenpolitik der neuen EU: Institutionen und Zuständigkeiten nach dem Vertrag von Lissabon. . . . .	386
B. Die Justiz- und Innenpolitik der neuen EU: Der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts nach dem Vertrag von Lissabon. . . . .	422
C. Energiepolitik und Klimaschutz . . . . .	474
Stichwortregister. . . . .	505

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Inhaltsgliederung .....	VII
Teil 1: Einführung .....	1
Teil 2: Grundlagen .....	15
A. Wo wir herkommen: Von der EGKS zum Vertrag von Lissabon .	15
I. Erste Ansätze europäischer Einigungsbewegungen .....	15
II. Die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) .....	17
III. Das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und der Europäischen Politischen Gemeinschaft .....	19
IV. Die Römischen Verträge .....	19
V. Die Integrationsdynamik der ersten Jahre .....	21
VI. Europa - quo vadis? Die Periode des Stillstands der 1960er Jahre .....	23
VII. Politische Integration als Folge wirtschaftlicher Kooperation - Die 1970er Jahre .....	26
VIII. Die Einheitliche Europäische Akte .....	28
IX. Der Vertrag von Maastricht über die Europäische Union .....	30
X. Der Vertrag von Amsterdam .....	33
XI. Die Europäische Grundrechtecharta .....	35
XII. Der Vertrag von Nizza .....	36
XIII. Der Post-Nizza-Prozess bis zur Verabschiedung des Vertrags über eine Verfassung für Europa .....	37
XIV. Vom Verfassungsvertrag zum Vertrag von Lissabon .....	40

B. Wo wir sind: Überlegungen zum Status der EU . . . . .	43
I. Einleitung . . . . .	43
II. Die EU als Staaten- und Verfassungsverbünd . . . . .	47
1. Grundvoraussetzung: Der offene Verfassungsstaat . . . . .	49
a. Die Integrationsklauseln im deutschen Grundgesetz . . . . .	50
b. Die Integrationsklauseln anderer Mitgliedstaaten . . . . .	52
c. Ergebnis . . . . .	54
2. Zum gewandelten Verfassungsbegriff . . . . .	54
a. Zum Meinungsstand in Rechtsprechung und Literatur . . . . .	56
b. Stellungnahme . . . . .	59
3. Vom völkerrechtlichen Denken zum Denken im Staaten- und Verfassungsverbund . . . . .	63
a. Ausgangspunkt: Der Staatenverbund des Bundesverfassungs- gerichts . . . . .	63
b. Stellungnahme . . . . .	64
c. Der Verfassungsverbund als Gegenentwurf . . . . .	65
aa. Entwicklung und Inhalt des Begriffs . . . . .	65
bb. Kritik . . . . .	67
cc. Stellungnahme . . . . .	68
d. Verständnis des Staaten- und Verfassungsverbunds . . . . .	70
III. Die Wirkweise des Staaten- und Verfassungsverbunds . . . . .	74
1. Das Ineinandergreifen der Verfassungsrechtsordnungen . . . . .	74
2. Die Herausbildung von europäischen Verfassungs- strukturprinzipien . . . . .	75
a. Europäische Impulse . . . . .	75
b. Mitgliedstaatliche Impulse . . . . .	78
C. Strukturelle Änderungen durch den Vertrag von Lissabon . . . . .	80
I. Aufbau von Union und Verträgen . . . . .	80
1. Überwindung der Säulenstruktur der EU . . . . .	80
2. Rechtspersönlichkeit und Rechtsnachfolge der EU . . . . .	82
3. Zwei Verträge als Grundlage der EU: EUV und AEUV . . . . .	83
4. Vorrang . . . . .	84
II. Werte und Ziele der Union . . . . .	85
1. Werte . . . . .	85
2. Ziele . . . . .	89
III. Vertragsänderungsverfahren . . . . .	90
1. Ordentliches Änderungsverfahren (Art. 48 Abs. 2 bis 5 EUV n.F.) . . . . .	91
a. Erste Alternative: Konvent mit anschließender Regierungs- konferenz (Art. 48 Abs. 3 UAbs. 1 EUV n.F.) . . . . .	91
b. Zweite Alternative: Regierungskonferenz ohne vorher- gehenden Konvent (Art. 48 Abs. 3 UAbs. 2 EUV n.F.) . . . . .	92

2.	Vereinfachte Änderungsverfahren	92
a.	Vereinfachte Vertragsänderungen betreffend die internen Politikbereiche der Union (Art. 48 Abs. 6 EUV n.F.)	93
b.	Vereinfachte Änderungen von Verfahrensvorschriften nach der allgemeinen Brückenklausele (Art. 48 Abs. 7 EUV n.F.)	93
c.	Besondere Brückenklausele	94
d.	Weitere vereinfachte Änderungsverfahren	95
IV.	Austritt aus der Union	95
1.	Regelung des Austrittsrechts	95
a.	Voraussetzungen für einen Austritt aus der Union?	95
b.	Austrittsverfahren (Art. 50 Abs. 2 bis 4 EUV n.F.)	96
2.	Ausgewählte Rechtsfragen im Bezug auf die Austrittsklausel (Art. 50 EUV n.F.)	97
a.	Das Verhältnis zwischen Art. 50 EUV n.F. und Art. 53 EUV n.F./Art. 356 AEUV	97
aa.	Möglichkeit der Auflösung der Union?	99
bb.	Zum Ausschluss eines Mitgliedstaates	100
b.	Ausgestaltung der Austrittsabkommen nach Art. 50 Abs. 2 EUV n.F.	101
3.	Abschließende Bewertung des Art. 50 EUV n.F.	102
V.	Solidaritätsklausel (Art. 222 AEUV)	104
1.	Einführung	104
2.	Das allgemeine europäische Solidaritätsprinzip	105
3.	Regelung des Art. 222 AEUV	106
4.	Ausgewählte Problemkreise	107
a.	Ziele eines Ratsbeschlusses i.S.d. Art. 222 Abs. 3 AEUV	107
b.	Zulässige Maßnahmen i.S.d. Art. 222 AEUV?	109
c.	Auswahl der Mittel	111
d.	Auflösung des Spannungsverhältnisses: Solidaritätsprinzip - Subsidiaritätsprinzip	115
5.	Abschließende Stellungnahme	116

### Teil 3: Handlungsfähigkeit in der neuen EU

A.	Handlungsfähigkeit durch verbesserte Entscheidungsfähigkeit nachdem Vertrag von Lissabon	117
I.	Der Europäische Rat	118
1.	Einführung	118
2.	Status als Organ	119
3.	Zusammensetzung und Tagungen	120
4.	Rolle des Präsidenten des Europäischen Rates	121

a. Allgemein	121
b. Der Präsident des Europäischen Rates im institutionellen Gefüge der EU	123
aa. Verhältnis zum rotierenden Vorsitz im Ministerrat	123
bb. Verhältnis zum Kommissionspräsidenten	124
5. Der Europäische Rat als vollwertiges Entscheidungsgremium?	124
II. Der Rat	128
1. Einführung	128
2. Aufgaben	128
3. Ratsformationen und Vorsitz im Rat	129
4. Beschlussfassung im Rat	130
a. Überblick	130
b. Stimmgewichtung bei der Beschlussfassung im Rat nach der bisherigen Rechtslage	131
c. Prinzip der Doppelten Mehrheit ab 2014	132
d. Modalitäten und Auswirkungen der Ioannina-Formel	135
e. Bewertung des geplanten Beschlussfassungssystems	138
III. Die Kommission	140
1. Einführung	140
2. Aufgaben	140
3. Debatte um die personelle Verkleinerung des Organs	141
4. Stärkung der Rolle des Kommissionspräsidenten	146
5. Wahl des Kommissionspräsidenten	146
a. Überblick	146
b. Bewertung der Neuerungen	147
IV. Der Europäische Gerichtshof	148
1. Einführung	148
2. Bezeichnung und Zusammensetzung	149
3. Aufgaben	150
4. Gewährleistung effektiven Individualrechtsschutzes	152
a. Kooperation von EuGH und mitgliedstaatlichen Gerichten	152
b. Reformen im Rahmen der Nichtigkeitsklage	152
B. Handlungsfähigkeit durch Kooperationsfähigkeit	154
C. Handlungsfähigkeit durch Verstärkte Zusammenarbeit	155
I. Konzept der Verstärkten Zusammenarbeit	155
II. Änderung der Vorschriften zur Verstärkten Zusammenarbeit im Vertrag von Lissabon	157
1. Materiell rechtliche Änderungen	158
2. Änderungen im prozeduralen Bereich	159

a. Ermächtigungsverfahren .....	159
b. Durchführungsverfahren .....	160
c. Anschlussverfahren .....	161
3. Einführung weiterer Formen differenzierter Integration in der ESVP .....	162
4. Bewertung der Änderungen .....	162

Teil 4: Demokratische Legitimation und Kompetenz-  
ausübung in der neuen EU .....

A. Zum Inhalt des Demokratieprinzips im europäischen Staaten-  
und Verfassungsverbund .....

I. Die Ausgestaltung des Demokratieprinzips im Staaten- und Verfassungsverbund .....	164
1. Demokratiemodelle .....	165
2. Unionspezifisches Demokratiekonzept .....	167
II. Der Abbau des Demokratiedefizits durch den Vertrag von Lissabon .....	169

B. Die Vermittlung demokratischer Legitimation  
durch das Europäische Parlament .....

I. Zusammensetzung des Europäischen Parlaments .....	171
II. Aufgaben und Befugnisse .....	173
1. Mitwirkung am Gesetzgebungsprozess .....	173
2. Mitwirkung im Haushaltsverfahren .....	176
3. Mitwirkung am Verfahren zur Einleitung der Verstärkten Zusammenarbeit und der Vertragsrevision .....	178
4. Verstärkter Einfluss beim Abschluss internationaler Abkommen und im Bereich der Handelspolitik der Union ..	178
5. Rechte gegenüber der Kommission .....	179
III. Ergebnis .....	181

C. Die Vermittlung demokratischer Legitimation durch die neue  
Rolle der nationalen Parlamente als Hüter der Subsidiarität .....

I. Die bisherige Rolle der nationalen Parlamente auf Ebene der EU .....	182
II. Die Stärkung der nationalen Parlamente auf Ebene der EU nach dem Vertrag von Lissabon .....	183
1. Informationsrechte .....	184
2. Koppelung von Demokratie und Kompetenzfrage .....	185



a.	Vertikale Kompetenzverteilung	186
aa.	Grundsätze der Kompetenzverteilung	186
bb.	Kompetenzkategorien	188
(1)	Ausschließliche Zuständigkeiten	188
(2)	Geteilte Zuständigkeiten	189
(3)	Unterstützungs-, Koordinierungs- und Ergänzungs- maßnahmen	190
(4)	Besondere Kompetenzen der Union	191
(5)	Flexibilitätsklausel	193
(6)	Rückführung von Unionskompetenzen	194
b.	Subsidiaritätskontrolle durch die nationalen Parlamente	194
aa.	Die Subsidiaritätsrüge	194
bb.	Die Subsidiaritätsklage	202
cc.	Umfang der Kontrollrechte	205
dd.	Leitlinien zur Prüfung der Schrankentrias des Art. 5 EUV n.F.	207
(1)	Die „Kann-Frage“	207
(2)	Die „Ob-Frage“	208
(3)	Die „Wie-Frage“	210
c.	Bewertung	212
3.	Beteiligungsrechte im Bereich des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	214
4.	Beteiligung bei ordentlichen Vertragsänderungsverfahren sowie bei Erweiterungen der EU	215
5.	Beteiligung bei der Anwendung der sog. Passerelle- Regelung	216
6.	Vetorecht im Bereich des Familienrechts	217
III.	Ergebnis	218
D.	Spiegel des Vertrags von Lissabon im Staaten- und Verfassungsverbund - Zur parlamentarischen Integrations- verantwortung unter Berücksichtigung des Lissabon-Urteils des BVerfG	219
I.	Die Entwicklung der Beteiligungsrechte von Bundestag und Bundesrat in Angelegenheiten der Europäischen Union bis zum Vertrag von Lissabon	220
1.	Beteiligung des Bundestages	221
2.	Beteiligung des Bundesrates	224
II.	Ursprüngliche Fassung der Begleitgesetzgebung zum Vertrag von Lissabon	227
1.	Ausweitungsgesetz (2008)	228
a.	Die Regelung der Subsidiaritätsrüge und -klage	229
b.	Die Regelung des Übergangs zu Mehrheitsentscheidungen	231
c.	Delegation von Bundestagsrechten auf den EU-Ausschuss	232
2.	Grundgesetzänderungsgesetz	234

III. Das Urteil des BVerfG zum Vertrag von Lissabon . . . . .	235
1. Einführung . . . . .	235
2. Verfahrensgegenstand und -beteiligte . . . . .	237
3. Zulässigkeit . . . . .	238
a. Zulässigkeit der Verfassungsbeschwerden . . . . .	238
b. Zulässigkeit der Organstreitverfahren . . . . .	241
4. Begründetheit . . . . .	243
a. Allgemeine Vorbemerkung . . . . .	243
b. Prüfungsmaßstab . . . . .	246
aa. Grenzen der Übertragung von Hoheitsrechten . . . . .	247
(1) Wahrung der souveränen Staatlichkeit Deutschlands . . . . .	247
(2) Wahrung des Grundsatzes der begrenzten Einzelermächtigung . . . . .	248
(3) Wahrung einer hinreichenden Bestimmtheit des Integrationsprogramms . . . . .	249
(4) Wahrung eines „demokratischen Primärraums“. . . . .	250
bb. Strukturvorgaben für die Ausgestaltung der Europäischen Union . . . . .	252
c. Integrationsverantwortung und Vertrag von Lissabon . . . . .	253
aa. Verfassungsmäßigkeit des Zustimmungsgesetzes . . . . .	253
(1) Ausreichendes Legitimationsniveau der EU . . . . .	254
(2) Fortbestand der souveränen Staatlichkeit Deutschlands . . . . .	256
(3) Fortbestand des „demokratischen Primärraums“. . . . .	258
bb. Verfassungsmäßigkeit des Grundgesetzänderungsgesetzes . . . . .	258
cc. Teilweise Verfassungswidrigkeit des Aussetzungsgesetzes . . . . .	259
(1) Unzureichende Wahrnehmung der Integrationsverantwortung . . . . .	259
(2) Kritik des Konzepts der Integrationsverantwortung . . . . .	260
d. Kontrollansprüche des BVerfG im Hinblick auf die Wahrnehmung der Integrationsverantwortung . . . . .	264
aa. Ultra-vires-Kontrolle . . . . .	264
bb. Identitätskontrolle . . . . .	267
cc. Umsetzung der Kontrollansprüche de lege ferenda . . . . .	271
5. Fazit . . . . .	272
IV. Die Umsetzung der Vorgaben des Urteils im Rahmen der neuen Begleitgesetzgebung . . . . .	273
1. Beteiligungsrechte im „Alltag“ der europäischen Gesetzgebung (EUZBBG und EUZBLG). . . . .	273
a. Änderungen des EUZBBG . . . . .	273
aa. Informationsrechte . . . . .	274
bb. Berücksichtigung der Stellungnahmen des Bundestages . . . . .	275
b. Änderung des EUZBLG . . . . .	277
2. Beteiligungsrechte für den „Sonntag“ der europäischen Gesetzgebung (IntVG). . . . .	277

a. Allgemeine Regelungen . . . . .	278
b. Mitwirkungserfordernisse bei dynamischer Vertrags- entwicklung . . . . .	279
c. Mitwirkungserfordernisse in sonstigen Fällen . . . . .	282
d. Subsidiaritätsrüge und -klage . . . . .	285
aa. Subsidiaritätsrüge . . . . .	285
bb. Subsidiaritätsklage . . . . .	285
3. Bewertung . . . . .	286
Teil 5: Rechtsstaatlichkeit in der neuen EU . . . . .	288
A. Grundlagen der Rechtsstaatlichkeit in der EU . . . . .	288
I. Einführung . . . . .	288
II. Inhalte des Rechtsstaatsprinzips . . . . .	289
1. Aspekte formeller Rechtsstaatlichkeit . . . . .	290
a. Vorbehalt des Gesetzes . . . . .	290
b. Normenhierarchie . . . . .	290
aa. Verfassungsrecht . . . . .	291
(1) Geschriebenes Verfassungsrecht . . . . .	291
(2) Ungeschriebenes Verfassungsrecht . . . . .	292
bb. Sekundärrecht . . . . .	295
(1) Gesetzgebungsakte . . . . .	296
(2) Rechtsakte ohne Gesetzescharakter . . . . .	297
(a) Delegierte Rechtsetzung . . . . .	297
(b) Durchführungsrechtsetzung . . . . .	298
(c) Sonstige Rechtsakte ohne Gesetzescharakter . . . . .	298
(3) Handlungsformen . . . . .	299
cc. Hierarchisierung . . . . .	300
c. Institutionelles Gleichgewicht als Surrogat der Gewalten- teilung . . . . .	301
2. Aspekte materieller Rechtsstaatlichkeit . . . . .	303
a. Verhältnismäßigkeitsprinzip . . . . .	303
b. Rechtssicherheit . . . . .	304
c. Ne bis in idem . . . . .	306
d. Grundsatz der ordnungsgemäßen Verwaltung . . . . .	306
e. Effektiver Rechtsschutz . . . . .	306
f. Grundrechtsschutz . . . . .	307
B. Grundrechtsschutz in der EU nach dem Vertrag von Lissabon ..	308
I. Einleitung . . . . .	308
II. Die Charta der Grundrechte in der neuen EU . . . . .	308
1. Die verbindliche Geltung der Grundrechtecharta . . . . .	308

a. Der Verweis auf die Charta .....	310
b. Die Folgen des Verweises. ....	311
c. Die Kompetenzschutzklausel des Art. 6 Abs. 1 EUV n.F. ....	312
d. Die Auslegung der Charta. ....	313
2. Ein Überblick über die von der Grundrechtecharta gewährleisteten Grundrechte. ....	315
3. Rechtsschutz. ....	320
III. Die Weitergekung der allgemeinen Rechtsgrundsätze nach Art. 6 Abs. 3 EUV n.F. ....	321
IV. Der Beitritt zur EMRK. ....	328
1. Beitrittsermächtigung und Beitrittsverpflichtung. ....	328
2. Relativierung der Beitrittsverpflichtung durch die Modalitäten des Beitritts. ....	329
3. Die Folgen des Beitritts. ....	330
V. Das Protokoll über die Anwendung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union auf Polen und das Vereinigte Königreich. ....	332
1. Wortlaut des Protokolls. ....	334
2. Bindung an die Charta der Grundrechte?. ....	335
3. Inhalt des Protokolls. ....	336
a. Art. 1 Abs. 1 des Protokolls. ....	336
b. Art. 1 Abs. 2 des Protokolls. ....	340
c. Art. 2 des Protokolls. ....	342
VI. Anwendungsbereich der Europäischen Grundrechte: Bindungswirkung für die Mitgliedstaaten. ....	343
1. Grundlagen. ....	343
2. Reichweite der Bindung der Mitgliedstaaten an die Unions- grundrechte bei der Durchführung von Unionsrecht. ....	344
a. Die Rechtsprechung des EuGH. ....	344
b. Die Rechtsprechung des BVerfG. ....	346
c. Stellungnahme. ....	352
3. Reichweite der Bindung der Mitgliedstaaten an die Unionsgrundrechte bei der Einschränkung von Grundfreiheiten. ....	354
VII. Ergebnis. ....	358
C. Doppelungen im Bereich der europäischen Bürgerrechte? Versuch einer Systematisierung. ....	359
I. Subjektiv-öffentliche Rechte im EU-Recht. ....	359
II. Basisrechte des Unionsbürgers. ....	360
1. Allgemeine Freizügigkeit (Art. 20 Abs. 2 lit. a), 21 AEUV) ..	360
2. Inländergleichbehandlung (Art. 18 AEUV). ....	361
3. Konkretisierende Freiheits- und Gleichheitsrechte. ....	364

III. Europäische Grundfreiheiten als Marktbürgerrechte . . . . .	364
IV. Europäische Grundrechte als politische Rechte . . . . .	367
V. Vom Marktbürger zum Unionsbürger . . . . .	368
1. Der Marktbürger . . . . .	368
2. Die Grenzen des Marktbürgers . . . . .	369
3. Der Unionsbürger . . . . .	370
VI. Systematik der europäischen Bürgerrechte . . . . .	372
1. Legitimationsgrundlagen . . . . .	372
2. Überlagerungen im Bereich der subjektiven Rechte . . . . .	377
3. Ausblick . . . . .	380
 Teil 6: Strategische Handlungsfelder der neuen EU . . . . .	 386
A. Die Außenpolitik der neuen EU: Institutionen und Zuständigkeiten nach dem <sup>1</sup> Vertrag von Lissabon . . . . .	 386
I. Überblick über die GASP und ESVP . . . . .	386
II. Regelungsbereich, Plandlungsformen und Entscheidungs- verfahren . . . . .	 388
1. Regelungsbereich . . . . .	388
a. Regelungsbereich nach früherer Rechtslage . . . . .	388
b. Regelungsbereich nach dem Vertrag von Lissabon . . . . .	388
2. Flandlungsformen und Entscheidungsverfahren . . . . .	390
a. Handlungsformen und Entscheidungsverfahren nach bisheriger Rechtslage . . . . .	 390
b. Handlungsformen und Entscheidungsverfahren nach dem Vertrag von Lissabon . . . . .	 390
III. Die institutionelle Architektur der GASP und der ESVP . . . . .	392
1. Europäischer Rat . . . . .	392
a. Die Rolle des Europäischen Rates im Rahmen der GASP nach bisheriger Rechtslage . . . . .	 392
b. Die Rolle des Europäischen Rates im Rahmen der GASP nach dem Vertrag von Lissabon . . . . .	 393
2. Rat . . . . .	393
a. Die Rolle des Rates im Rahmen der GASP nach bisheriger Rechtslage . . . . .	 393
b. Die Rolle des Rates im Rahmen der GASP nach dem Vertrag von Lissabon . . . . .	 394
c. Zusammensetzung des Rates nach früherer Rechtslage . . . . .	395
aa. Vorsitz und Troika . . . . .	395
bb. Generalsekretariat und Hoher Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik . . . . .	 396
d. Zusammensetzung des Rates nach dem Vertrag von Lissabon . . . . .	398
aa. Der Hohe Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik . . . . .	398

(1) Konzeption .....	398
(2) Verhältnis zum Präsidenten des Europäischen Rates ....	400
(3) Fazit .....	402
bb. Europäischer Auswärtiger Dienst (EAD).....	402
(1) Institutionelle Verankerung .....	403
(2) Finanzierung .....	404
(3) Personelle Ausstattung und Struktur .....	404
(4) Zuständigkeiten .....	406
e. Die militärischen und politischen Gremien des Rates .....	406
aa. Das Politische und Sicherheitspolitische Komitee (PSK) ....	407
(1) Das PSK nach bisheriger Rechtslage .....	407
(2) Das PSK nach dem Vertrag von Lissabon .....	409
bb. Der Europäische Militärausschuss (EUMC) .....	410
cc. Der Europäische Militärstab (EUMS).....	411
dd. Der Ausschuss für nichtmilitärische Aspekte des Krisen managements (CIVCOM) .....	412
ee. Die Europäische Verteidigungsagentur nach dem Vertrag von Lissabon .....	412
f. Sonderbeauftragte .....	413
aa. Bisherige Rechtslage .....	413
bb. Rechtslage nach dem Vertrag von Lissabon .....	414
3. Kommission .....	414
a. Die Rolle der Kommission im Rahmen der GASP nach bisheriger Rechtslage .....	414
b. Die Rolle der Kommission im Rahmen der GASP nach dem Vertrag von Lissabon .....	416
4. Europäisches Parlament .....	417
a. Die Rolle des Europäischen Parlaments im Rahmen der GASP nach bisheriger Rechtslage .....	417
b. Die Rolle des Europäischen Parlaments im Rahmen der GASP nach dem Vertrag von Lissabon .....	419
5. EuGH .....	420
IV. Schlussbemerkung .....	421

## B. Die Justiz- und Innenpolitik der neuen EU:

### Der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts

#### nach dem Vertrag von Lissabon .....

I. Vom ökonomischen Binnenmarkt zum politischen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts .....	422
II. Vertragliche Entwicklung der Justiz- und Innenpolitik .....	428
III. Grundlegende Änderungen durch den Vertrag von Lissabon ...	431
1. Rechtsrahmen, Handlungsformen und Entscheidungsverfahren .....	432
a. Einführung eines einheitlichen Rechtsrahmens .....	432
b. Einheitlichkeit der Handlungsformen .....	432
c. Entscheidungsverfahren .....	433

aa.	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren als Regelverfahren . . .	433
bb.	Abweichungen vom Regelverfahren . . . . .	434
(1)	Abweichende Mehrheiten im Rat bzw. abweichende Parlamentsbeteiligung . . . . .	< . . . . 434
(2)	Fehlendes Initiativmonopol der Kommission in der Polizeilichen und Strafjustiziellen Zusammenarbeit . . . .	435
(3)	Notbremsemechanismus . . . . .	435
(4)	Verstärkte Einbindung der nationalen Parlamente . . . .	436
cc.	Opt out-Regelungen . . . . .	437
2.	Regelungsbereich . . . . .	438
a.	Allgemeines . . . . .	438
b.	Die Polikkbereiche im Einzelnen . . . . .	439
aa.	Zugangspolitiken (Visa, Asyl und Einwanderung). . . . .	439
bb.	Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen . . . . .	441
cc.	Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen . . . . .	441
dd.	Polizeiliche Zusammenarbeit . . . . .	442
3.	Institutionelle Architektur . . . . .	443
a.	Europäischer Rat . . . . .	443
b.	Kommission . . . . .	443
d.	Europäisches Parlament . . . . .	445
e.	EuGH . . . . .	445
f.	Europol und Eurojust . . . . .	448
aa.	Europol . . . . .	449
bb.	Eurojust . . . . .	450
g.	Schaffung neuer Institutionen neben der Stärkung von Europol und Eurojust . . . . .	450
aa.	COSI . . . . .	451
bb.	Europäische Staatsanwaltschaft . . . . .	451
IV.	Sensibler Kristallisationspunkt:	
	Zur Entwicklung eines „europäischen Strafrechts“ • . . . . .	452
1.	Begriffsbestimmung . . . . .	452
2.	Bisherige Kompetenzen der EU/EG im Bereich des Kriminalstrafrechts . . . . .	453
a.	Unionsstrafrechtliche Kompetenzen im Rahmen der Dritten Säule (PJZS). . . . .	453
b.	Supranationale Strafrechtskompetenzen der EG im Rahmen der Ersten Säule? . . . . .	455
aa.	Originäre Strafrechtsetzungskompetenz der EG . . . . .	456
bb.	Wechselwirkungen des nationalen Strafrechts mit primärem und sekundärem Gemeinschaftsrecht . . . . .	458
(1)	Verweisungen des Gemeinschaftsrechts auf das nationale Recht . . . . .	458
(2)	Verweisungen des nationalen Rechts auf das Gemeinschaftsrecht . . . . .	459
cc.	Beeinflussung des nationalen Strafrechts durch strafrechtliche Anweisungskompetenzen der EG? . . . . .	460

3. Die strafrechtliche Anweisungs- bzw. Annexkompetenz im Lichte der Rechtsprechung des EuGH. . . . .	461
a. Rechtsprechung des EuGH zur strafrechtlichen Anweisungs- bzw. Annexkompetenz nach dem EGV sowie ihrer Abgrenzung zu Art. 29 ff. EUV. . . . .	461
aa. Urteil des EuGH in der Rs. C-176/03 (Umweltstrafrecht) . . .	461
bb. Urteil des EuGH in der Rs. C.-440/05 (Meeres- verschmutzung) . . . . .	463
b. Bewertung der Rechtsprechung und Stellungnahme. . . . .	464
4. Die Kompetenzlage nach dem Vertrag von Lissabon. . . . .	467
a. Originäre Strafrechtsetzungskompetenzen der Union. . . . .	467
aa. Art. 325 AEUV. . . . .	467
bb. Art. 79 Abs. 2 lit. d) AEUV. . . . .	468
b. Strafrechtliche Harmonisierungskompetenzen der Union. . . . .	469
aa. Angleichung von Bereichen besonders schwerer trans- nationaler Kriminalität, Art. 83 Abs. 1 AEUV. . . . .	469
bb. Annexkompetenz zur Angleichung bereits harmomsiertes Bereiche, Art. 83 Abs. 2 AEUV. . . . .	471
c. Bewertung . . . . .	473
C. Energiepolitik und Khmaschutz . . . . .	474
I. Einleitung . . . . .	474
II. Neue Begrifflichkeiten: Energieumweltrecht, Uniweitenergierecht und Klimaschutzrecht . . . . .	474
1. Definitionsversuch . . . . .	474
2. Konsequenzen der engen Verzahnung des Energie- und Umweltrechts für die europäische Rechtslage. . . . .	477
III. Zum Inhalt einer europäischen Kompetenz der Energie- umweltpolitik . . . . .	479
1. Europäisches Energieumweltrecht als Teil des europäischen Energierchts. . . . .	479
2. Die Ziel- und Maßnahmenverschränktheit des europäischen Energieumweltrechts. . . . .	480
3. Fazit: Anforderungen an eine europäische Energie- umweltpolitik als Maßstab für die neue Energiekompetenz ..	481
IV. Die Reichweite der europäischen Kompetenz: Zwischen Umweltenergierecht und Energieumweltrecht . . . . .	482
1. Die energieunspezifische Kompetenzlage vor und nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon. . . . .	482
a. Art. 175 Abs. 1 und 2 EGV/Art. 192 AEUV. . . . .	482
aa. Kompetenzgrundlage. . . . .	482
bb. Verfahren. . . . .	483
b. Art. 95 Abs. 1 EGV/Art. 114 AEUV. . . . .	485
c. Art. 156 Abs. 1 EGV/Art. 172 AEUV. . . . .	486



aa. Energieumweltpolitische Bedeutung . . . . .	486
bb. Inhalt und Reichweite der Kompetenz . . . . .	486
2. Die spezifische Energiekompetenz der EU nach dem Vertrag von Lissabon . . . . .	489
a. Die energiepolitischen Ziele, insbesondere Art. 194 Abs. 1 lit. c) AEUV . . . . .	489
b. Die Handlungsermächtigung des Art. 194 Abs. 2 AEUV . . . . .	490
c. Das Einstimmigkeitserfordernis des Art. 194 Abs. 3 AEUV . . . . .	492
d. Das Verhältnis zu anderen Kompetenzen . . . . .	492
aa. Verhältnis zu Art. 114 AEUV . . . . .	493
bb. Art. 172 AEUV . . . . .	493
cc. Verhältnis zu Art. 122 AEUV . . . . .	494
3. Energieaußenpolitik . . . . .	495
4. Die Bedeutung der energiepolitischen Solidaritätsklausel . . . . .	496
a. Ausbau des Solidaritätsprinzips im Vertrag von Lissabon . . . . .	496
b. Inhalt der energiepolitischen Solidaritätsklausel . . . . .	496
c. Spannungsverhältnis, zum Wettbewerb? . . . . .	497
d. Verhältnis der allgemeinen Solidaritätsklausel (Art. 222 AEUV) zur neuen Energiekompetenz der EU (Art. 194 AEUV) . . . . .	498
5. Zusammenfassung: Vom Uniweitenergie- zum Energieumweltrecht . . . . .	498
a. Neue Kompetenzen durch Art. 194 AEUV? . . . . .	498
b. Bedeutung der neuen Kompetenzgestaltung . . . . .	499
V. Ergebnis: Der Sinn einer europäischen Kompetenz zur Energieumweltpolitik . . . . .	500
1. Anforderungen an die gemeinschaftliche Energieumweltpolitik . . . . .	501
2. Tauglichkeit des Energietitels vor dem Hintergrund der energiepolitischen Anforderungen . . . . .	502
Stichwortregister . . . . .	505